

Abschiedsgeschenk von Jens Spahn?

Bundesregierung plant neuen Milliardenzuschuss für die GKV

Die Tage von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sind gezählt. Nachdem sich SPD, Grüne und FDP auf die Bildung einer Ampelkoalition verständigt haben, wird auch ins Bundesgesundheitsministerium ein neuer Chef einziehen. Um seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin keinen finanziellen Scherbenhaufen zu hinterlassen, muss Spahn erneut den Bundeshaushalt anzapfen. Sieben Milliarden Euro sollen zusätzlich in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) fließen.

Wie die „Ärzte Zeitung“ berichtet, beläuft sich das Defizit der GKV 2022 auf insgesamt 28 Milliarden Euro. Der Steuerzuschuss wurde bereits im Mai von den geplanten 14,5 Milliarden auf 21,5 Milliarden Euro aufgestockt. Der Schätzerkreis beim Bundesamt für Soziale Sicherung prognostiziert, dass dieser Betrag nicht ausreichen wird, um alle Ausgaben zu decken. Das Bundesgesundheitsministerium reagierte umgehend und kündigte eine Erhöhung des Steuerzuschusses um weitere sieben Milliarden Euro an. Der Bundesfinanzminister muss dem allerdings noch zustimmen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sieht im jüngsten GKV-Defizit eine „klare Aufforderung zu grundlegenden Reformen im Gesundheitswesen“. Der Auftrag an die neue Bundesregierung laute „Finger weg von neuen Ausgabenlasten“.

In der Tat gelten die zahlreichen Reformen von Jens Spahn als großer Kostentreiber in der GKV. Mit diversen Gesetzesvorhaben hat er den Leistungskatalog permanent erweitert. Volle Kassen machten's möglich. Auch die Digitalisierung des Gesundheitswesens verschlingt Milliardensummen. Und so rutschten AOK & Co. schon vor der Corona-Pandemie in



Damit er seinem Nachfolger keinen finanziellen Scherbenhaufen hinterlässt, will der scheidende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Staatszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung erneut erhöhen. Weitere sieben Milliarden sollen aus dem Bundeshaushalt in den Gesundheitsfonds fließen.

eine finanzielle Schieflage. Der Konjunkturunbruch und steigende Ausgaben für die Pandemiebewältigung verschärfen die Situation. Für 2022 prognostiziert der Schätzerkreis Ausgaben in Höhe von 284,2 Milliarden, denen Beitragseinnahmen von 256,8 Milliarden gegenüberste-

hen. Weitere Einnahmen könnten die Kassen nur über Zusatzbeiträge erzielen. Doch dem steht die sogenannte Sozialgarantie entgegen. Die Sozialabgaben sollen 40 Prozent vom Bruttolohn nicht überschreiten. Deshalb hat der Gesetzgeber den durchschnittlichen Zusatzbeitrag auf 1,3 Prozent festgeschrieben. Da die Zusatzbeiträge seit 2019 wieder von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen getragen werden, dürfte eine Erhöhung am Widerstand der Wirtschaft scheitern. Die Verbände der Kassen forderten Regierung und Bundestag der „Ärzte Zeitung“ zufolge auf, die zusätzlich benötigten Mittel in voller Höhe „so schnell wie möglich“ zu gewähren. Hintergrund ist, dass die Kassen ihre Haushalte für das kommende Jahr aufstellen müssen und damit auch ihre kassenindividuellen Zusatzbeiträge festlegen müssen.



Leo Hofmeier